

[Der Holodomor gehört für die Partei der Regionen nicht mehr zu den vorrangigen Aufgaben](#)

15.04.2010

Der Parlamentsabgeordnete Wjatscheslaw Kirilenko erklärte gestern, dass der SBU (Sicherheitsdienst der Ukraine) die freigegebenen Archivdokumente zum Holodomor 1932-33 wieder schließt. Beim SBU bekräftigt man hingegen, dass die Informationen zu diesen Ereignissen wie gehabt offen bleiben. Bei der Partei der Regionen erklärt man, dass der Staat aufgrund unzureichender Haushaltsmittel die Forschungen zum Thema Holodomor nicht weiter finanzieren wird.

Der Parlamentsabgeordnete Wjatscheslaw Kirilenko erklärte gestern, dass der SBU (Sicherheitsdienst der Ukraine) die freigegebenen Archivdokumente zum Holodomor 1932-33 wieder schließt. Beim SBU bekräftigt man hingegen, dass die Informationen zu diesen Ereignissen wie gehabt offen bleiben. Bei der Partei der Regionen erklärt man, dass der Staat aufgrund unzureichender Haushaltsmittel die Forschungen zum Thema Holodomor nicht weiter finanzieren wird.

Gestern beschuldigte der Abgeordnete Wjatscheslaw Kirilenko („Unsere Ukraine – Nationale Selbstverteidigung“) auf der Sitzung der Werchowyna Rada den SBU darin, dass dessen Mitarbeiter die vorher geöffneten Archivdokumente, die den Holodomor 1932-33 betreffen, schließen. „Die Archive des SBU zum Genozid am ukrainischen Volk sind geschlossen. Von den offiziellen Seiten verschwanden die Informationen über 3,945 Mio. per Gericht offiziell festgestellten Opfern des Genozids“, erklärte Kirilenko.

Von der Seite des SBU ist in der Tat die Rubrik „Liste der Personen, die an der Organisation und Durchführung des Holodomors in der Ukraine der Jahre 1932-33 beteiligt waren verschwunden“. Anfang des Jahres hatte das Berufungsgericht von Kiew ein Urteil in der Strafsache ausgesprochen, die vom SBU aufgrund des Fakts des Genozids am ukrainischen Volk eingeleitet wurde, gemäß dessen als Schuldige am Holodomor der Generalsekretär der WKB (Kommunistische Allunionspartei (Bolschewiki) Josef Stalin und andere Personen aus der ersten Reihe der Partei der Bolschewiki festgestellt wurden (Ausgabe des **„Kommersant-Ukraine“** vom 14. Januar).

Das Verschwinden der Rubrik erklärt man beim SBU mit technischen Problemen. „Alle Informationen über den Holodomor, die von der vorhergehenden Leitung des SBU veröffentlicht wurden, bleiben auf der Seite“, versicherte dem **„Kommersant-Ukraine“** die Pressesprecherin des SBU Leiters, Marina Ostapenko. Sie unterstrich, dass sich entsprechende Dokumente im offenen Bereich befinden. „Davon kann sich jeder überzeugen, zu uns kommend und Zugang zu diesen Materialien erhaltend. Das Archiv und eine elektronische Bibliothek funktionieren, so dass man von einer Schließung nicht reden kann“, erklärte Ostapenko. „Doch die Ausstellungen, die dem Holodomor gewidmet waren, werden tatsächlich eingestellt. Wir diese auf Anweisung von Präsident Wiktor Juschtschenko hin organisiert. Der neue Leiter des SBU, Walerij Choroschkowskij, erklärte, dass die Organisation von Ausstellungen keine Angelegenheit der Geheimdienste ist“, erläuterte Marina Ostapenko. Am Tag seines Dienstantritts hatte Choroschkowskij erklärt, dass der SBU weiter keine Archive öffnen wird (Ausgabe des **„Kommersant-Ukraine“** vom 12. März).

Der Meinung des ehemaligen Direktors des Archivs des SBU des Historikers Wladimir Wjatrowitsch nach, möchte man das Thema Holodomor unterdrücken. „Wir sehen die ersten Schritte die davon zeugen, dass der Staat damit aufhört sich mit dem Thema des Holodomors zu beschäftigen und die Archive schließt. Wissenschaftlern und Forschern werden keine Dokumente mehr gegeben, die dem Holodomor gewidmet sind. Die Vervollständigung der elektronischen Version der Archive zu diesem Thema wurde vollständig eingestellt. Die Ausstellung, die den Verbrechen des kommunistischen Regimes gewidmet war und die bisher in vielen Regionen des Landes gezeigt wurde, wurde ebenfalls beendet. Das Thema Holodomor möchte man offensichtlich beenden“, meint Wjatrowitsch.

Vorher hatte den Holodomor-Forschungen Präsident Wiktor Juschtschenko persönlich vorgestanden, der eine Sicherstellung der Finanzierung der entsprechenden Veranstaltungen/Maßnahmen forderte. Bei der Partei der

Regionen, deren Führer das derzeitige Staatsoberhaupt Wiktor Janukowitsch ist, ist man überzeugt davon, dass der Staat kein Geld für die Erforschung der Geschichte des Holodomors aufwenden soll. „Zum heutigen Tag gibt es viele lebenswichtige Fragen und das Budget ist nicht unbegrenzt. Wenn Wiktor Janukowitsch die Ausgaben für sich selbst und andere Staatsangestellte kürzt, wird niemand Geld für Aktionen bereitstellen, die dem Holodomor gewidmet sind oder zu dessen Erforschung“, erklärte dem **“Kommersant-Ukraine”**, Julia Kowalewa, Mitglied des Budgetausschusses der Werchowna Rada (Partei der Regionen). Ihren Worten nach sind Veranstaltungen zum Holodomor keine vorrangigen.

Artjom Skoropadskij

Quelle: [Kommersant-Ukraine](#)

Übersetzer: **Andreas Stein** — Wörter: 609

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.